

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Parteienlandschaft - Fusionskontrolle - Erdöl - Energie - UNESCO

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1976) :
Kurz kommentiert: Parteienlandschaft - Fusionskontrolle - Erdöl - Energie - UNESCO,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 12, pp. 598-600

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135017>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Parteienlandschaft

Gute Demokraten?

Selten ist so einseitig parteiegoistisch dahergeredet worden wie über die inzwischen wieder rückgängig gemachte Kündigung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CSU und CDU. Für wen wäre es eigentlich schädlich, wenn es zu einer vierten Partei in der Bundesrepublik käme und wenn es darüber auch zu Brüchen innerhalb der SPD und FDP kommen würde? Weshalb wird gleich das Schreckgespenst der Parteiensplittierung aus der Zeit der Weimarer Republik an die Wand gemalt? Selbstverständlich ist dies ein Weg ins Ungewisse, besonders für die einzelnen Parteipolitiker, die nicht wissen, wo sie selbst bei diesem u. E. überfälligen „Klärungsprozeß“ landen werden. Ist aber der Weg unseres politischen Gemeinwesens nicht mindestens ebenso ungewiß, wenn alles beim alten bleibt und die Parteien mit der Vertuschung unvereinbarer Gegensätze im eigenen Lager weiter fortfahren wie bisher?

Nicht erst seit der letzten Bundestagswahl ist der bundesdeutsche Wähler in der unzumutbaren Lage, daß er nicht weiß, wen er eigentlich mit der einzelnen Partei im Endeffekt wählt: Strauß oder Kohl und Katzer, Schmidt oder die Jusos, Friderichs und Genscher oder die Judos? Erst wenn solche Gegensätze bereinigt wären, könnte der Wähler klare Entscheidungen treffen; und dies scheint uns die wichtigste Voraussetzung für eine praktikable Demokratie zu sein. hdo

Fusionskontrolle

Deprimierende Bilanz

Zähneknirschend, so Präsident Wolfgang Kartte, hat das Berliner Kartellamt der Fusion Karstadt-Neckermann zugestimmt und damit, wie der Vorsitzende der Monopolkommission, Prof. Mestmäcker, sich ausdrückte, eine Schlacht verloren. Die Wettbewerbsbehörde begründet ihre Entscheidung mit Paragraph 24, Absatz 1, des Kartellgesetzes, wonach eine Fusion genehmigt werden kann, wenn „durch den Zusammenschluß auch Verbesserungen der Wettbewerbsbedingungen eintreten und diese Verbesserungen die Nachteile der Marktbeherrschung überwiegen.“

So wie die Dinge stehen, mag diese Argumentation zutreffen; die Begleitumstände des Falles

hinterlassen jedoch einen schalen Nachgeschmack. Zunächst drängt sich der Eindruck auf, daß die Beteiligten – animiert durch die taktisch unklugen Verbotssignale des Kartellamtes – die Lage des Neckermann-Konzerns absichtlich in einer Weise dramatisierten, daß das Ausscheiden des Unternehmens aus dem Markte als ein unabwendbares Fatum erscheinen mußte. Weiter ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß das Kartellamt sich bei seiner Entscheidung nicht ausschließlich – wie es seine Aufgabe wäre – von wettbewerblichen Überlegungen hat leiten lassen, sondern auch – unter dem Eindruck des am Rande des FDP-Parteitags in Frankfurt mit Minister Friderichs geführten Gesprächs – Industrie- und Beschäftigungspolitik betrieben hat.

Schließlich reiht sich der Fall Neckermann/Karstadt in eine deprimierende Bilanz des vor drei Jahren geschaffenen Instruments der vorbeugenden Fusionskontrolle ein. Von den insgesamt 12 „großen“ Fusionsanträgen sind nur drei – die Verbindungen Haindl-Holtzmann, VAW-Kaiser und Sachs-GKN – abgelehnt worden. Alle anderen wurden entweder unmittelbar vom Bundeskartellamt oder nachträglich durch den Bundeswirtschaftsminister genehmigt. Unter diesen Umständen kann auch die von Minister Friderichs immer wieder geäußerte Ansicht, die bloße Existenz der Fusionskontrolle mit ihren Verfahrens- und Prozeßrisiken wirke bereits konzentrationshemmend, nicht überzeugen. ko

Erdöl

Indexierungsvariante

Nachdem der persische Vorschlag, den Erdölpreis an einen Preisindex für Industriegüter zu binden, bei den Industriestaaten keine Gegenliebe fand, unternahm der Schah einen erneuten Versuch, die Indexierung zu realisieren, diesmal auf bilateraler Basis: Er bot den einzelnen Industrieländern an, den Preis für Erdöl gemäß einem Preisindex für an Persien gelieferte Güter des jeweiligen Landes festzulegen. In dieser sehr globalen Formulierung läßt der neue Vorschlag hinsichtlich seiner internationalen Auswirkungen verschiedene Interpretationsmöglichkeiten zu.

Ohne Bezugslimitierung würde die vorgeschlagene Preisregelung sicherlich dazu führen, daß „Stabilitätsöasen“ wie die Schweiz und die Bundesrepublik zu Erdölverteilungszentren würden. Das preisstabilste EG-Land könnte z. B. Zentral-

importeure für die Gemeinschaft werden. Das dürfte allerdings nicht im Sinne des Irans liegen, der vor allem an der Aufrechterhaltung seiner Importkapazität interessiert ist.

Die (stabilitätsbewußten) Länder dürften daher wohl nur die eigengenutzten Mengen zu diesen Konditionen erhalten. Unterstellt man, daß es in dem von multinationalen Unternehmen beherrschten Distributionssystem technisch möglich ist, die Einhaltung der Mengenbedingung zu gewährleisten, so würden nach diesem Preissystem Länder mit niedrigen Inflationsraten begünstigt. Insofern könnte eine Indexierung der vorgeschlagenen Art – wenn von allen Erdölproduzenten angewandt – auf Länder mit vergleichsweise hohen Inflationsraten möglicherweise einen Druck zum Abbau der Inflation ausüben. Solange jedoch allein der Iran dieses Preisfestsetzungsverfahren praktizieren will, dürfte diese durchaus begrüßenswerte stabilitätspolitische Komponente nicht zum Tragen kommen, weil stark inflationierende Länder wohl mit günstigeren Bezugsmöglichkeiten bei anderen Erdölexporteuren rechnen können. kr

Energie

Geologenprognose

Angesichts der Vielzahl der in den letzten Jahren abgegebenen Energie- und Rohstoffprognosen kann man kaum mehr den Vorwurf erheben, es werde auf diesem Gebiet nichts unternommen. Die neueste Prognose kommt von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe – also aus vermutlich kompetenterem Munde als in manch anderem Falle. In ihrer vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Studie kommen die Geowissenschaftler aus Hannover zu dem Ergebnis, daß die heute in der Energieversorgung dominierenden fossilen Energiequellen Erdöl, Erdgas und Kohle sowie – was angesichts der gegenwärtigen Kernenergie Diskussion in der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung ist – der Kernbrennstoff Uran zumindest bis zur Jahrtausendwende nicht knapp werden. Auch für die Zeit danach wird die Versorgungslage bei den Primärenergieträgern optimistischer beurteilt als in mancher anderen Untersuchung.

Dies rechtfertigt allerdings nicht den Schluß, die zukünftige Energieversorgung sei nun doch als gesichert anzusehen. Die Studie beschränkt sich nämlich auf – zweifellos kompetente und exakte – Aussagen über die geologisch verfügbaren Rohstoffe; eingehendere Erörterungen der Problematik der politischen Verfügbarkeit sowie der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Aspekte

fehlen dagegen. Was aber nützen schließlich noch so große Uranlagerstätten, wenn deren Besitzer eine Nutzung für deutsche Kernkraftwerke versagen oder einen ökonomisch nicht mehr vertretbaren Abgabepreis fordern? Dies alles läßt sich sicher kaum oder gar nicht prognostizieren; man sollte jedoch vermeiden, den Eindruck hervorzurufen, es komme nahezu ausschließlich auf die geologische Verfügbarkeit von Rohstoffen an. iwe

UNESCO

Rückkehr zur Sachlichkeit

Wie die Ergebnisse der kürzlich in Nairobi durchgeführten UNESCO-Generalversammlung zeigen, wurde der Verlauf der fast fünfwöchigen Konferenz in weit stärkerem Maße von sachlichen Erwägungen bestimmt, als viele nach den Vorankündigungen der teilnehmenden Staaten befürchtet hatten. An Konfliktstoff hatte es nicht gefehlt: nach dem vor zwei Jahren erfolgten Ausschluß Israels hatten die westlichen Industrieländer nur den zur Wahrung der Stimmrechte notwendigen Teil ihrer Beiträge gezahlt und dadurch einen beträchtlichen Druck zur Wiederaufnahme des Landes ausgeübt. Darüber hinaus war schon vor der Konferenz heftige Kritik an den im Auftrag der UNESCO ausgearbeiteten medienpolitischen Empfehlungen und an der Effizienz der UN-Unterorganisation laut geworden.

Nachdem nun Israel als Mitglied der europäischen Gruppe wieder aufgenommen wurde, sind weitere finanzielle Repressionen in dieser Hinsicht nicht mehr zu erwarten. Auch die medienpolitische Diskussion erbrachte eine Annäherung der Standpunkte. Wichtig erscheint hier vor allem, daß die Forderung nach Erhaltung der Pressefreiheit und des ungehinderten Informationszugangs unbestritten bleibt. Das von der Generalversammlung gebilligte Tätigkeitsprogramm zum Schutze der Menschenrechte und des Friedens sowie zur Förderung von Wissenschaft, Technik und Erziehung räumt u. a. der Intensivierung der angewandten Wissenschaft Priorität ein. Die UNESCO wird beauftragt, konkrete Zielvorgaben zu definieren und die Projekte Erfolgskontrollen zu unterwerfen.

Mit ihren Beschlüssen hat die Generalkonferenz die Voraussetzungen für sachbezogene, auf Fortschritt und Wohlstand gerichtete Arbeit geschaffen. Es liegt jetzt an den Fachleuten in den einzelnen Staaten, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen und damit ihren Beitrag für den Fortschritt von Wissenschaft, Technik und Erziehung und damit für die Steigerung des Wohlstands zu leisten. mk